

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

16.3.1928 (No. 65)

sie erklärt, jedoch nicht annahm, daß die Schuldscheine an das Ausland weitergegeben würden, andernfalls sie das Darlehensgeschäft abgelehnt hätte. Das Geld wurde aber letzten Endes in Holland durch eine holländische Bank aufgebracht und zwar zu für eine kommunale Geldaufnahme im Ausland sehr reichlichen Zinssätzen (8 Proz. Kapitalertragssteuerfrei bei einem Zeichnungsfuß von 98 1/2 Proz.)

Der Vorgang zeigt auf jeden Fall die Schwierigkeiten, in denen sich die vom Auslandsanleihemarkt seit einem halben Jahr abgeschlossenen deutschen Gemeinden befinden und die daraus für die deutsche Volkswirtschaft entstehenden ungünstigen Folgen. Vor kurzem gingen Meldungen durch die Presse, die im Hinblick auf eine für den letzten Freitag einberufene Sitzung der beim Reichsfinanzministerium bestehenden Beratungskommission für öffentliche Anleihen von einer bevorstehenden Aufhebung der Kommunalanleihsperre sprachen. Soweit ist es jedoch, wie zu erwarten, noch nicht gekommen. Nach den Mitteilungen über das Ergebnis der Sitzung steht es noch nicht fest, wann wieder kommunale Auslandsanleihen genehmigt werden. Man ist anscheinend bestrebt, vorher die Kontrolle der Finanzgebarung der Gemeinden neu zu regeln, wobei auch wohl der von der Länderkonferenz eingesehene Sparmaßnahmenauschuss mitprechen soll. Die Länder besitzen ja bereits Aufsichtsbefugnisse über die Gemeinden und sind jedenfalls immer noch besser in der Lage, die überall je nach den lokalen Erfordernissen grundverschieden liegenden Dinge zu übersehen, als etwa eine zentrale Reichsaufsichtsbehörde.

Im Grunde handelt es sich darum, die Ausgabewirtschaft der Gemeinden auf das unbedingt notwendige zu beschränken, um eine unwirtschaftliche und zu große Auslandsverschuldung und Zinsbelastung der deutschen Volkswirtschaft zu vermeiden. Den Vorschlägen, die Sicherungen in die Gemeinde selbst zu legen und dem Magistrat oder dem Oberbürgermeister in gewissen Fällen ein Vetorecht gegen zu große Ausgabebestimmungen der Stadtparlamente zu geben — in Baden ist die Stellung des Magistrats an und für sich stärker — stehen die aus der Verschiedenartigkeit der selbst in den einzelnen Ländern nicht gleichartigen deutschen Gemeindeverfassungen sich sicher ergebenden Schwierigkeiten entgegen. Das Verlangen, daß eine qualifizierte Mehrheit für über die Etatsansätze hinausgehenden Neubewilligungen notwendig sein soll, die Steuererhöhungen oder Kreditaufnahme erfordern würden, könnte leicht das Gegenteil des Erstrebten bringen, da dann die Versuchung zu Ruhandelsgeheimnissen unter den Parteien mit der Folge weiterer Neubewilligungen sich einstellen würde.

In weitesten Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß es mit der gegenwärtigen völligen Abschließung der Gemeinden vom Auslandsanleihemarkt nicht mehr weitergehen kann. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß gesunde und berechtigte Anleihen im Ausland untergebracht werden können. Die steigende kurzfristige Verschuldung der Gemeinden verengt der privaten Wirtschaft den heimischen Kapitalmarkt. Auch wird durch die Sperre der Kommunalkredit im Ausland durchaus nicht gehoben und für die deutsche Wirtschaft wünschenswerter Kapitalzufluß zurückgehalten. Die Beratungskommission prüft jetzt die sämtlichen vorliegenden Anträge, um wie sie erklärt, zunächst einen Überblick darüber zu gewinnen, welche Gesamtsinn von Anleihen zur Befürwortung geeignet ist und mit Rücksicht auf die deutsche Währung und die Entwicklung der Wirtschaft hereingelassen werden kann.

Meuterei englischer Marineoffiziere

W.W. London, 16. März (Tel.). Die Sensation der heutigen Presse ist ein angeblicher Aufbruch von britischen Marineoffizieren auf Malta. Die erste Nachricht von ernstlichen Schwierigkeiten auf dem Schlagschiff „Royal Oak“ wurde kurz vor Mitternacht im Unterhaus durch eine Anfrage des konservativen Mitgliedes Commander Bellairs bekannt. Eine spätere Agenturmeldung aus Malta besagte: Die Flotte sollte am Sonntag nach Gibraltar abfahren, richtete jedoch am Montag vormittag erst die Anker, nachdem man gesehen hatte, wie die Flotte des Schlagschiffes „Royal Oak“ niedergeholt wurde. Diese Zeremonie wird durchgeführt, wenn der Kapitän eines Schiffes seinen Befehl nicht niedersetzt. Es wird gemeldet, daß sie erfolgte wegen des Verhaltens gewisser höherer Offiziere, von denen zwei nach England über Gibraltar abgefahren sein sollen. Das Schlagschiffgeschwader ist unter Kapitän Osborne (vom Kriegsschiff „Egmont“ als Kommandant des „Royal Oak“) in See gegangen.

Das Sowjetgold in Amerika

W.W. Moskau, 16. März (Tel.). Der Vorsitzende der Verwaltung der Staatsbank der Sowjetunion, Scheinmann, erklärte zu der Weigerung des Finanzdepartements der Vereinigten Staaten, das abgefandte Sowjetgold anzunehmen, daß Gold für die Staatsbank eine ebenso wichtige Exportware sei, wie Naphta für das Naphtaindustrie. Das gesamte der Staatsbank zur Verfügung stehende Gold sei durch Ankauf auf den Märkten der Sowjetunion und des Auslandes erworben worden, Scheinmann wies darauf hin, daß die Staatsbank eine selbständige juristische Person sei und ausschließlich für ihre eigenen Verpflichtungen hafte. Schließlich erklärte Scheinmann, daß die Forderung der Banque de France der zwischen der Sowjetunion und der französischen Regierung bei Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen getroffenen Abmachung über Regelung sämtlicher Fragen gegenseitiger Abrechnungen durch Verhandlungen widerspreche.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag u. a. einen Gesetzentwurf betreffend den Vertrag zwischen Deutschland und Polen über die Saisonarbeiter. Nach dem Vertrag wird daran festgehalten, daß Deutschland nach der jeweiligen Lage seines Arbeitsmarktes die Zahl der zugelassenen polnischen Saisonarbeiter bestimmen kann.

Deutscher Reichstag

W.W. Berlin, 16. März.

Die 2. Beratung des Reichswehrgesetzes

wird fortgesetzt.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister eingegangen.

Abg. Dr. Brecht (W. B.): Die gestern vom Minister für den Panzerkreuzer gegebene Begründung sei ganz anders gewesen, als die erste im Ausschuss. Der Pazifismus, von dem gestern so viel gesprochen wurde, könne unmöglich die Grundlage einer Armee sein; Pazifismus und Wehrmacht seien Gegensätze. Deutschland wird von anderen Mächten als Bundesgenossen nicht gesucht werden wegen seiner militärischen Kräfte, sondern nur, wenn es seine inneren wirtschaftlichen Kräfte entwickelt. Selbst die alte deutsche Armee, die die beste der Welt war, konnte niemals den Weltkrieg gegen eine solche Übermacht gewinnen. Der Weltkrieg war schon verloren unter der Reichskanzlerschaft Bülow's, als sich das Reich der internationalen Bündnisse um Deutschland zusammenschloß.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.): Jetzt in der Zeit des Völkerbundes kann auch unmöglich ein Krieg auf den Streit mit einer Macht lokalisiert werden. Es wird immer zu großen Auseinandersetzungen kommen, daß unsere Reichswehr dabei keine ausschlaggebende Rolle spielen kann. Gerade darum sind die in der Rhöndusaffäre ermittelten Dinge viel bedeutlicher, als der dadurch verursachte materielle Schaden. Ebenso wie die alte Armee unbedingt zur Monarchie stand, muß die Reichswehr der Republik unbedingt zur Republik stehen.

Abg. Schüller (Komm.) sieht in der Rhöndusaffäre und anderen Angelegenheiten den Beweis dafür, daß mit Zustimmung der Entente das deutsche Reichswehrministerium an der Aufrüstung arbeite mit dem Ziele des großen Überalles auf das proletarische Sowjetrußland.

Abg. Straßer (Nat.-Soz.): Die Deutschnationalen seien jetzt schon mit den Sozialdemokraten in einer pazifistischen Einheitsfront. Die Nationalsozialisten dagegen seien bewußte Militaristen, weil sie Nationalisten und Sozialisten seien. Der Reichswehrminister und der Daves-Vertrag verhindern den Befreiungskampf des deutschen Proletariates. Wer in Deutschland Kriegsdienstverweigerung predigt, ist ein Schuft, ein Lump, ein Axtgroßhändler der Davespartei. (Präsident Lohse erwidert dem Redner, sich zu mahigen.) Die Reichswehr müsse die Grundlage des kommenden deutschen Volksherrers sein. Geßler und v. Seckel seien auf Wunsch von Briand verabschiedet worden. Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann habe bei seiner Zusammenkunft mit Briand bewußten Landesverrat getrieben. (Präsident Lohse erteilt einen Ordnungsruf und erwidert dem Redner, die Tribüne zu verlassen. Er wird von einem Diener herausgewiesen.) Abg. Straßer übt an dem Präsidenten Lohse Kritik, die sich dieser bewirkt. Der Redner wendet sich dann in heftigen Ausdrücken gegen den Minister Gröner. Die Nationalsozialisten würden mit den Kommunisten gegen das Ministergehalt und für den Mißtrauensantrag stimmen. Der Minister habe die Bedeutung der 20 Silberlinge, die Judas für seinen Verrat erhielt.

Der Präsident Lohse schwingt nach diesen Worten dauernd die Glode. Von den Seiten der Mehrheit kommen stürmische Pfuirufe, von den Nationalsozialisten Heil-Rufe. In diesem Lärm gehen die letzten Worte des Abg. Straßer verloren.

Abg. Henning (BdL) schließt sich in vielen Punkten dem deutschnationalen Redner an und richtet an den Minister die Frage, ob der Chef der Heeresleitung, von Hege, Freimaurer sei. Es bestehe die Gefahr, daß die Reichswehr aus einem Instrument des deutschen Volkes zu einem Instrument des Völkerbundes gemacht werde.

Reichswehrminister Gröner: Die Worte des Abg. v. Schultenburg waren mir aus dem Herzen gesprochen. In der Frage des Offiziersrechtes stehe ich ganz auf dem Boden Scharnhorst's. Scharnhorst schaffte die Privilegien ab und ließ die Vorbildung entscheidend sein für die Beförderung zum Offizier. Die Vorbildung muß entscheidend sein, nicht die gesellschaftliche Stellung. Ich lege Wert auf eine einheitliche Auffassung der Offiziere, nicht aber ihrer Väter, Onkels und Tanten. (Sehr gut!) Die materielle Not der jungen Offiziere wird von uns mit Aufmerksamkeit beachtet. Als Hauptursache der zahlreichen Selbstmorde in der Reichswehr bezeichnet der Minister den Zwang zur 12jährigen Dienstzeit. Auf die Fragen des Abg. Dr. Soas antwortet der Minister, der Präsident des Kriegerbundes, General von Horn, biete die Gewähr für die Durchführung der von ihm vertretenen verfassungstreuen Grundsätze.

Abg. Lude (W. B.): Stimmt im wesentlichen den Ausführungen des Abg. v. Schultenburg zu. Die Versorgung der auscheidenden Reichswehrangehörigen müsse verbessert werden.

Der kommunistische Antrag auf Streichung des Ministergehaltes und der kommunistische Mißtrauensantrag werden gegen die Antragsteller und die völkischen Gruppen abgelehnt. Die Ausschusshandlungen werden angenommen, die sozialdemokratischen Streichungsanträge werden gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Der Etat des Landheeres wird bewilligt. Am 14. Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen der Etat der Reichspost.

Der Altentrat des Reichstages tritt am heutigen Freitag zu einer Sitzung zusammen, um die Geschäftslage des Reichstages zu besprechen. Es soll der Arbeitsstoff für die letzten zwei Wochen des Monats März eingeteilt werden.

Der Cavell-Film vor dem Oberhaus

W.W. London, 16. März (Tel.). Im Oberhaus fand gestern eine Debatte über die Filmzensur statt. Die Erörterung war bemerkenswert wegen der darin zum Teil geäußerten starken Beurteilung des Cavell-Films. Lord Newton sagte über den Cavell-Film, es sei ein bloßes Geschrei über deutsches Diktat erhoben worden und ein entschlossener Versuch sei unternommen worden, um den Kriegsdienst wieder aufleben zu lassen. Lord Crawford hielt dem entgegen, wie sehr man auch verlange, die Tatsache zu verheimlichen, so bestehe doch kein Zweifel, daß in der Angelegenheit des Cavell-Films die Initiative für die Zensur aus Berlin erfolgt sei. Lord Desborough antwortete für die Regierung, sie habe augenblicklich keine Absicht, irgend eine Aktion im Zusammenhang mit der Filmzensur zu unternehmen.

Amerikas Flottenpläne

W.W. Washington, 16. März (Tel.). Das Repräsentantenhaus verhandelt noch immer über das Bauprogramm, das nach dem Beschluß des Komitees auf 15 000-Tonnen-Kreuzer zu je 17 Millionen Dollars Baukosten und ein Flugzeug-Muttergeschiff zu 19 Millionen Dollars Baukosten beschränkt werden soll. Marine-Sekretär Wilson, der den Verhandlungen beizuhilfen und inmitten der Abgeordneten Platz nahm, wurde von den Demokraten heftig angegriffen, ohne jedoch nach der Geschäftsordnung des Repräsentantenhauses auf diese Angriffe antworten zu können. Die Abstimmung über das Bauprogramm wird für morgen erwartet.

Politische Neuigkeiten

Kellogg über Verhütung von Kriegen

Der amerikanische Staatssekretär Kellogg hielt in Washington eine Rede über die auf Verhütung von Kriegen gerichtete Politik der Vereinigten Staaten. In dieser Ansprache betonte der Staatssekretär nochmals, daß der kürzlich mit Frankreich abgeschlossene Schiedsvertrag die nebenher gegangenen Verhandlungen über einen Antikriegsvertrag in keiner Weise berührten. Briand habe den Vorschlag leider nachträglich auf Angriffskriege beschränken wollen. Aber der Angriffskrieg sei — wie auch Chamberlain kürzlich erklärt habe — nicht definierbar, und jede Definition stelle eine Falle für den unschuldigen und eine Ausrede für den schuldigen Teil dar. Er, Kellogg, glaube auch nicht, daß Frankreich, das anfänglich einen zweiseitigen Vertrag vorschlug, nunmehr schlüssige Gründe gegen einen mehrseitigen Vertrag bringen könne. Er hoffe, daß sich eine Formel finden lassen würde, die für alle Großmächte annehmbar wäre. Jedenfalls werde sich aber die Unionsregierung nie zu militärischer Hilfe gegen irgendeinen Staat verpflichten.

Reichsbahn und Elektrifizierung

In einem im „Überseeclub“ zu Hamburg gehaltenen Vortrag über Reichsbahn und Elektrifizierung stellte der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dörpmüller, dar, was die Reichsbahn auf dem Gebiete der Elektrifizierung bereits geleistet hat und welche Wege sie einzuschlagen gedenke. Der Vortragende gab einen Überblick über die Vorräte und Nachteile, die elektrischen Betrieb und Dampftrieb voneinander scheiden. Bei Versagen der Kraftquelle fällt beim Dampftrieb nur eine Lokomotive aus, während beim elektrischen Betrieb alle vom Kraftwert gespeisten Lokomotiven stillstehen. Bedenklich ist dies vom Standpunkt der Landesverteidigung und bei Streiks. Deshalb wird man auf die Dampflokomotive nie ganz verzichten können. Wegen der Vorräte des elektrischen Betriebes ist aber keine weitere Ausdehnung zu erwarten. Die Vorräte liegen im schnellen Anschauen, in der Möglichkeit, starke Steigungen leicht zu überwinden, in der besseren Ausnutzung der vorhandenen Gleise. Diese bessere Ausnutzung gestattet auch, mit einer geringeren Zahl von Wagen und Lokomotiven auszukommen. Gerabehaltung der Betriebskosten und des Personals sowie Reinlichkeit durch Vermeidung von Rauch und Abgas sind weitere Vorteile. Bisher werden 1223 Kilometer der Reichsbahn über 22 Proz. elektrisch betrieben. Die zur Verfügung stehenden Mittel gestatten nur ein langsames Fortschreiten der Elektrifizierung. Auch die technischen Erfordernisse sind noch nicht soweit fortgeschritten, daß an eine Elektrifizierung des gesamten Bahnnetzes herangegangen werden könnte.

Der Vortragende gab dann einen Überblick über die künftigen Pläne der Elektrifizierung deutscher Reichsbahnstrecken, wobei freilich die Geldlage maßgebend sein werde. Mit billigen Geld erhältlich, dann würden zunächst Strecken mit starkem Verkehr und dichter Zugfolge, mit billigen Energiequellen und diejenigen Gebiete weiter elektrifiziert werden, in denen bereits elektrifiziert worden ist. Schließlich seien die Gebiete mit starken Steigungen zur Elektrifizierung geeignet.

Der Darmatunterforschungsausschuss

Der Reichstag hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, um über seinen Geschäftsplan zu beraten. Der Ausschuss ist auf Grund eines Antrages Scheele (Dn.) vom Januar 1925 zusammengetreten. Er hat bisher 32 Sitzungen abgehalten. Die Weisungsaufnahme hat sich auf die Vernehmung von 51 Zeugen erstreckt. Angeht die bevorstehende Auflösung des Reichstages hält der Vorsitzende die Aufgabe des Ausschusses, die Wahrheit festzustellen, einfließen für erledigt. Auf Anregung des Abg. v. Dewitz (Dn.) wurde ein Beschluß einstimmig gefaßt, wonach der Vorsitzende mit den beiden Berichterstattern die Frage noch einmal erörtern soll, hinsichtlich welcher Personen ein abschließendes Urteil des Ausschusses abgegeben werden kann. Der Abg. v. Dewitz (Dn.) hatte zur Begründung seines Vorschlages seine Meinung dahin zum Ausdruck gebracht, daß die Unterforschung bezüglich des Reichspräsidenten Goert und des früheren Reichswirtschaftsministers Schmidt als abgeschlossen gelten könne und nichts Belastendes ergeben habe.

Die Prozeßberichterstattung

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse (Berleger und Redakteure) wendet sich in einer Erklärung entschieden gegen alle Versuche, durch Ausnahmegerichte die Arbeit der Presse in der pflichtgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben beschränken zu wollen. Erwünscht wäre es, daß bei Prozessen, soweit in deren Verlauf durch die öffentliche Verhandlung das sittliche Empfinden weiter Volkstriebe verletzt werden kann, die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Durch die Zulassung der Presse bei solchen Anlässen sei die öffentliche Kontrolle der Prozeßführung bereits mit Erfolg gewährleistet worden. Auch solle der Presse eine erhöhte Verantwortung für die Berichterstattung zu.

Die Betrügereien bei den Reparationslieferungen. Die über die Reparationsbetrügereien geführten Untersuchungen haben nunmehr — wie aus Berlin gemeldet wird — zur Voruntersuchung der Staatsanwaltschaft gegen die Leiter der Para-Gesellschaft, sowie eine Anzahl Viehhändler in Berlin und im Rheinlande geführt. Bei den Betrügereien, die nur mit Unterstützung französischer Firmen möglich waren, wurde minderwertiges Vieh bis zu 400 Prozent über die berechtigten hinausgehenden Preisen auf Reparationskonten an Frankreich geliefert. In manchen Fällen wurden auch die Frachtbriefe gefälscht. Die Leiter der in Frage kommenden französischen Firma, zwei Holländer, haben sich durch Flucht nach Holland dem Untersuchungsrichter entzogen.

Zubloff ausgewiesen. Der Regierungspräsident von Köln als Landespolizeibehörde hat, wie das „V.“ berichtet, Alexander Zubloff, den Gatten der Prinzessin Vittoria von Preußen, nachdem er wegen Passvergehens rechtskräftig verurteilt worden ist, aus dem deutschen Reichsgebiet ausgewiesen.

Vortrag Dr. Hellpach in Niga. Der frühere badische Staatspräsident Dr. Hellpach hat in Niga zwei mit großem Beifall aufgenommenen öffentliche Vorträge gehalten. In der Aula der Hochschule sprach Dr. Hellpach auf Einladung der lettlandischen Staatsuniversität über die „Entwicklung des nationalen Charakters“ und auf Veranlassung der deutschen Gesandtschaft über „Die drei Europas“. Dr. Hellpach, der auch vom Staatspräsidenten empfangen wurde, wurden große Ehrungen dargebracht.

Sven Hedin in Urumtschi eingetroffen. Die Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter“ veröffentlicht heute ein neues Telegramm von Dr. Sven Hedin, datiert Urumtschi, den 27. Februar, worin er mitteilt, daß er mit seiner Expedition am selben Tage in Urumtschi angelangt ist. Die Reise ist bisher sehr günstig verlaufen, und die Mitglieder der Expedition befinden sich wohl. Der Empfang in Sienking war äußerst freundlich. Die Expedition hat jetzt 2200 Kilometer zurückgelegt.

Unruhen in Afghanistan?

London, 16. März. (Tel.) Dem „Daily Express“ zufolge seien Umstände eingetreten, die dazu führen könnten, daß der König von Afghanistan seinen geplanten Besuch in England aufgibt. Es heiße jetzt, daß das afghanische Königspaar vielleicht direkt nach Kabul zurückkehren wird, sobald der Besuch in England beendet ist, statt, wie ursprünglich geplant, über Paris, Brüssel, Berlin, Warschau, Moskau und Nordpersien nach Hause zu fahren. Die Hauptgründe für die Änderung der Reisepläne hängen mit der inneren Lage in Afghanistan zusammen. Es werde angenommen, daß die Lage in Afghanistan unruhig geworden und daß eine Revolution entzündet worden sei. Der Außenminister habe das Königspaar nicht, wie ursprünglich geplant, nach London begleitet, sondern sei statt dessen von Paris aus plötzlich nach Kabul abgefahren. Die „Morning Post“ teilt jedoch mit, es bestehe die Möglichkeit, wenn nicht Wahrscheinlichkeit, daß das afghanische Königspaar nach seinem Aufenthalt in England die Vereinigten Staaten besuchen und über Japan heimreisen werde.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Das Reichskabinett hat dem deutschen Gesandten in Warschau, Kauscher, neue Instruktionen und den Auftrag gegeben, die polnische Regierung um gewisse Aufklärungen über die bekannten Fragen zu bitten, in denen auf polnischer Seite noch Schwierigkeiten bestehen. Es handelt sich dabei offenbar um Einzelfragen, auf die die polnische Regierung genauere Auskünfte geben soll. Wenn die Antworten befriedigend ausfallen, wird die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen wieder nach Warschau reisen, und die Verhandlungen werden dann ihren Fortgang nehmen.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident empfing heute Freitag den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zum Vortrag.

Reichstanzler Dr. Marx wird seinen Erholungsurlaub erst nach der Auflösung des Reichstages antreten.

Das Befinden des Reichsinnenministers von Keubell hat sich soweit gebessert, daß er in den nächsten Tagen die Amtsgeschäfte wieder übernehmen kann.

Der deutsche Botschafter in Washington, von Britzow und Grafen, ist an Grippe mit etwas Fieber erkrankt und bettlägerig, so daß er seine Teilnahme an den für diese Woche in Washington und New York ihm zu Ehren geplanten Veranstaltungen absagen mußte.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages ist zu einer Sitzung am morgigen Samstag einberufen worden. Die Tagesordnung weist folgende Punkte auf: 1. Warenaustausch zwischen dem Saargebiet und dem deutschen Zollgebiet, 2. Genfer Verhandlungen, 3. Deutsch-russische Verhandlungen, 4. Auswanderungsfrage.

Der Stand der Rhödbausangelegenheit. In Berliner parlamentarischen Kreisen wird damit gerechnet, daß der Untersuchungsausschuss zur Prüfung der Rhödbausangelegenheit seine Arbeiten Ende nächster Woche beendet haben wird. Die Beratung des Marineetat im Plenum wird bis zur Erledigung der Ausschussberatungen über den Rhödbau ausgesetzt.

Der Schiedsspruch im Lokuhiret des deutschen Buchdruckerverwes ist von den Prinzipalen angenommen worden; sie haben Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches beantragt.

Stapelkauf von vier Torpedobooten. In Wilhelmshaven fand am Donnerstag der Stapelkauf von vier neuen Torpedobooten der Reichsmarine statt, die die Namen Tiger, Luchs, Jaguar und Leopard erhielten.

Das Nürnberger Dürer-Jahr. Das Dürerjahr 1928, das anlässlich des 400. Todestages des weltberühmten Nürnberger Malers Albrecht Dürer veranstaltet wird, bringt eine Fülle von bisher unbekanntem Lebenswunderlichkeiten. Außer der großen Internationalen Dürer-Ausstellung in Germanischen Museum, zu der Dürers Originalwerke aus der ganzen Welt zusammengetragen werden, veranstalten nämlich auch das Stadtmuseum und das Staatsarchiv in Nürnberg Ausstellungen, die in ihren Einzelheiten reiche Schätze aus Dürers Vergangenheit und aus der Zeit Albrecht Dürers zur Schau bringen werden. Die Ausstellung des Staatsarchivs wird die politische und kulturelle Geschichte der alten freien Reichsstadt Nürnberg durch eindrucksvolle Originaldokumente illustrieren. Dort werden die ältesten Urkunden über das Nürnberger Gebiet von Kaiser Ludwig dem Rinde aus dem Jahre 903, die ältesten Zeugnisse für die Namen Nürnberg und Fürch in Urkunden aus dem Jahre 1007 und 1060, die goldenen Bullen der römischen Kaiser, prächtige Wappentafeln des Nürnberger Rates, mehrere Papsturkunden und wichtige Urkunden von Luthers Hand ausgestellt werden. Weiter werden die wichtigsten und am schönsten ausgestatteten Chroniken des alten reichsstädtischen Rates gezeigt werden.

Gemeinde-Rundschauf

Universität und Stadttheater in Freiburg i. Br. Die dem Theater in Freiburg i. Br. drohende Gefahr der Stilllegung hat den Senat der Universität veranlaßt, sich mit einer Vorstudie an den Stadtrat zu wenden, in der darauf hingewiesen wird, welche ungeheuren Schäden der Stadt und Universität erwachsen würde, wenn das Theater geschlossen werden müßte oder infolge nicht genügender Mittel die Pflege des Theaters nach kulturellen Gesichtspunkten in Frage gestellt würde. Der Senat ist sich klar darüber, daß eine Stadt wie Freiburg trotz der großen Anzahl ihrer vorzüglichen Schulen und ihrer Hochschule ihren alten Ruf als Bildungszentrum des deutschen Südens und ihrer Wirksamkeit als kultureller Mittelpunkt eines abliegenden Grenzgebietes nur dann voll behaupten kann, wenn die Aufrechterhaltung des Theaters als einer Kulturstätte gesichert ist.

Das Reichsbankgebäude in Wühl. Mit der Stellung eines Bauplatzes für das neue Reichsbankgebäude durch die Stadtgemeinde Wühl befahte sich der Bürgerausschuß. Nach einem Referat von Bürgermeister Dr. Grüninger kam es zu einer längeren Aussprache. Das 2800 Kubikmeter bebauten Raum umfassende Gebäude soll in der Gartenstraße zu stehen kommen. Es wird bei 23 Meter Front eine Fläche von 1275 Quadratmeter beansprucht, die die Gemeinde mit einem Aufwand von 8 M pro Quadratmeter erwerben soll. Fünf Jahre soll das Reichsbankgebäude steuerfrei sein und die Bauleitung soll durch das Stadtbauamt kostenlos geführt werden. Genehmigt wurde die Vorlage dann in der Form, daß als Erwerbpreis 6 M pro Quadratmeter festgesetzt, von den Wähler Banken, einschließlich der städtischen Sparkasse, aber die sich ergebende Differenz von 2 M pro Quadratmeter zurückgefordert wird. — Für die Verstellung des Bahnhofes wurden statt der beantragten 10 000 M nur 3600 M genehmigt, für den viersten Stadtgarteneingang 3000 M.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die Arbeiten des Landtages

Die Staatsberatung im Haushaltsausschuß geht diesmal bei aller Gründlichkeit überraschend schnell voran. Man hofft, im Laufe der kommenden Woche den Voranschlag des Finanzministeriums einschließlich des noch vorzulegenden Personal-etats durchberaten zu können, womit der gesamte Voranschlag im Ausschuss erledigt wäre. Die Staatsberatung im Plenum soll alsbald aufgenommen und mit einer allgemeinen Aussprache eingeleitet werden. Die Osterpause dürfte nur kurz sein. Es heißt, daß nach Verabschiedung des Staatsvoranschlages im Plenum wegen der bevorstehenden Reichstagswahlen etwa in der dritten Aprilwoche Vertagung eintritt.

Haushaltsausschuß

In der Donnerstagssitzung des Haushaltsausschußes des Landtages erfolgte auf Antrag der Koalitionsparteien im außerordentlichen Etat des Titels „Badeanstalten“, deren Rentabilität ausdrücklich festgestellt wurde, ein Abstrich von 88 000 M. Dabei war man sich klar, daß eine Erweiterung des Landesbades notwendig ist. Die Vorarbeiten zum Neubau eines Kurhauses in Badenweiler wurden mit Rücksicht auf das hohe Alter des bestehenden Gebäudes, das den modernen Anforderungen nicht mehr genügt, 5000 M bewilligt. Dabei wurde auch die Klagefrage erörtert.

Die Regierung gab sodann nähere Mitteilungen über den heutigen Stand des Flugverkehrs in Baden. Es bestehen sechs Flugplätze. Die beste Frequenz weist die Linie Freiburg-Stuttgart auf mit einer Flugsausnutzung mit 96 Proz. Die unvoreilhafteste Linie ist die zwischen Karlsruhe und Darmstadt. Neben dem Lande leisten die größeren am Flugverkehr interessierten Städte erhebliche Beiträge, so u. a. Freiburg 102 000 M, Rillingen 45 000 M, Konstanz 40 000 Reichsmark, Baden-Baden 162 000 M, Mannheim und Karlsruhe leisten einige hunderttausend Reichsmark. Aus der Aussprache ging hervor, daß der Flugverkehr noch in hohem Maße Aufschwung betrieht.

Beim Titel Gewerbe und Handel kam die Sprache auf die Badische Beamtenbank. Der Minister gab einem Zentrumsredner hinsichtlich der Überziehung von Konten recht und wies darauf hin, daß man bereits die Hilfe des Ministeriums in solchen Fällen anrufen habe. Das Bankkonto biete einen Anreiz zum Schuldenmachen. Die Forderung einer Bürgschaft für die Hotelindustrie in Höhe von fünf Millionen Reichsmark wurde vom Berichterstatter aus allgemeinen prinzipiellen Gründen abgelehnt. Das vorliegende Gesuch soll der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen werden.

Im weiteren Verlauf der Beratung wurde der Staatsbeitrag an den Badischen Verkehrsverband von 5000 auf 10 000 Reichsmark erhöht. Eine Reihe von Positionen wurde ohne wesentliche Debatte genehmigt. Anerkennung fand die Tätigkeit des Präsidenten Dr. Jung und des zweiten Vorstandmitgliedes der Landesversicherungsanstalt, Kauf.

Beim Titel „Wohlfahrtspflege“ trübte sich eine längere Erörterung an die Klärung der Fürsorgebeiträge, die das Land den Städten und Gemeinden gegenüber vorgenommen hat. Der Berichterstatter bezeichnete die Fassung der Verordnung als unklar und forderte eine andere Rechtsbasis. Die Beschwerden der Städte entbehren nicht einer gewissen Berechtigung. Ihm stimmten auch andere Redner bei. Der Minister erklärte sich bereit, die eventuell erforderliche Rechtsbasis zu schaffen, praktisch seien die Dinge noch im Fluss. Die Beschlußfassung über die entsprechende Position wurde ausgesetzt.

Die Anwendungen an gemeinnützige Anstalten und Vereine wurden von 15 000 M auf etwa 25 000 M erhöht.

Beim Titel Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht bertraten mehrere Redner den Standpunkt, daß mit Rücksicht auf die wesentlich gestiegene Zahl der kontrollierten Betriebe Freizügigkeit des Ministeriums des Innern bei der Einstellung von Kontrollbeamten zu fordern sei. Trotz einer geringen Zahl von Kontrollbeamten würden in Baden relativ viele Kontrollen vorgenommen. Der Minister bemerkte, daß man im Reich an die Übernahme der Gewerbeinspektion in die Reichsverwaltung denke.

Die Besetzung des Landesamtes für Arbeitsvermittlung gab dem Minister des Innern Anlaß zu einigen Aufklärungen. Leider wurde Baden, nicht zuletzt durch eigene Landesgenossen, zugunsten Württembergs zurückgelassen. Das Landesamt selbst kam nach Stuttgart, der zweite Vorsitzende soll ein Badener werden.

Im außerordentlichen Etat wurden neben den Zuschüssen für die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge 10 000 M für die Ausbildung der Betriebsräte von den Koalitionsparteien beantragt und mit Mehrheit bewilligt. — Ein Antrag aus der Mitte der Bürgerlichen Vereinigung auf Streichung der angeforderten 10 000 M für Rechtsauskunftstellen wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Bei der Erörterung des Voranschlages der Wohnungsfürsorge ergaben sich interessante Zahlen: U. a. wurden im Jahre 1914 1859 neue Gebäude, in den Jahren 1923 bis 1927 2483 bzw. 2447, bzw. 3994, bzw. 3781 und 1927, ein Mietjahr, 5693 neue Gebäude erstellt. Die vorliegenden Gesuche zur Förderung des Wohnungsbauwes sollen der Regierung empfehlend überwiesen werden.

Die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern konnte mit Ausnahme einiger zurückgegebener Posten, vor allem auf dem Gebiete der Landwirtschaft, Donnerstagabend zum Abschluß gebracht werden.

Der Rechtsplegeausschuß

Der badische Landtag hat kürzlich auch in staatlicher Regie geleitete Fürsorgeerziehungsanstalt für katholische Jüglinge in Sinsheim a. G. beschickt. Wie im Schwarzacher Hof, in welchem man auch hier einen recht guten Eindruck. Die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues der Anstalt mit ihrer historischen Kirche wurde allgemein anerkannt.

Lohnbewegungen in Baden

Die Maschinisten und Deizer Ländigen. Vom Deutschen Verkehrsband und dem Zentralverband der Maschinisten und Deizer wurden die für das Hafengebiet Mannheim-Ludwigshafen bestehenden Lohnverträge gekündigt und den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung der Stundenlöhne um 15 Proz. gestellt. Mit Schreiben vom 12. März erklärte der Arbeitgeberverband, daß die Forderung über alles Maß hinausgehe und die wirtschaftliche Lage im Hafen und in den Rheinischhaffsbetrieben alles andere als rosig zu nennen sei. Da eine weitere Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht eingetreten sei, könnten sie die Berechtigung einer Lohn-erhöhung nicht anerkennen und hielten somit eine mündliche Verhandlung für überflüssig.

Bayern und die Rheinbrücken

Für den bayerischen Kostenanteil am Bau der drei neuen Rheinbrücken bei Mannheim-Ludwigshafen, Speyer und Maxau hat — wie die „Frankf. Ztg.“ aus München meldet — der bayerische Finanzminister in den Haushalts für 1928 keine Nachtragsforderung mehr eingestellt, sondern die Anforderung der Mittel erst in den folgenden Haushaltsjahren vorgesehen. Falls jedoch, wie erwartet wird, die Bauten noch in diesem Jahre beginnen, sollen die erforderlichen Gelder vorzugsweise bereitgestellt werden, damit die Bauarbeiten von Bayern aus keinesfalls aufgehalten werden.

Dr. Hensfeld (Ami Schoppsheim), 15. März. Der hiesigen Filiale der Bürstenfabrik Falter in Todtnau ist mitgeteilt worden, daß die Filiale aufgehoben wird und die Betriebsräume anderweitig verkauft werden. Bis zur Aufarbeitung der Bestände wird noch weitergearbeitet.

Aus der Landeshauptstadt

Berufsbekräftigung. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe verzeichneten heute früh ein ziemlich starkes Fernbeben mit einer Herdentfernung von circa 18 000 Kilometer. Die ersten Wellen erreichten die Station um 6.20.57 Uhr. Gegen 49 Uhr kamen die Apparate zur Ruhe.

Vermietung städtischer Säle in Karlsruhe. Ab 1. April 1928 wird nach einem Beschluß des Stadtrates die städtische Einlagegebühr für die F. Halle, das Konzerthaus und die Städtische Ausstellungshalle aufgehoben. Da die Stadt bei ihrer ungünstigen Finanzlage auf die aus dieser Gebühr seither bezogenen Einnahmen nicht ganz verzichten kann, werden zum teilweisen Ausgleich des Ausfalles die Mietfäße erhöht, und zwar so, daß ihre Erhöhung etwa die Hälfte des bisherigen Ertrags der Einlagegebühr erbringt. Die andere Hälfte der bisherigen Einnahmen an Einlagegebühren geht der Stadt verloren und kommt den Benutzern der städtischen Säle als Verminderung der Kosten gegen früher zugute. Um zu verhindern, daß in der Faschingszeit alle Verwendungen um die Säle der F. Halle sich auf die Samstagabendveranstaltungen, wird künftig bei Benützung eines Festsaales an einem der vier letzten Sonntage der Karnevalszeit nur die ermäßigte Miete, wie sie für Werktage — ausgenommen Samstag — gilt (20 Prozent Nachlaß auf den geordneten Mietbetrag) erhoben. Die bisherigen Rabatte auf alle Mietfäße bei wiederholter Benützung eines Saales bleiben auch nach Erhöhung der Säße bestehen. Weiter tritt vom erwähnten Zeitpunkt an im Konzerthaus hinsichtlich der Erhebung der Kleiderablagegebühr das gleiche Verfahren wie in der Festhalle ein, d. h. die Kleiderablagegebühr wird (mit 20 Proz. je Person) unmittelbar vom Besucher bei Benützung der Kleiderablage erhoben. Der Kleiderablagezwang im Konzerthaus bleibt bestehen.

Eine Personen-Landestelle im Karlsruher Rheinhafen. Nach längeren Verhandlungen wird im Nordhafen des Karlsruher Rheinhafens ein Landesteg gebaut, der das Anlegen von Personendampfern ermöglicht. Damit ist die wichtigste Vorbedingung für die Aufnahme von Personendampferfahrten auf dem Rhein von und nach Karlsruhe gegeben. Das Interesse für Rheinfahrten ist sehr groß, und es ist schon für diesen Sommer mit einem beträchtlichen Verkehr zu rechnen. Diese Einbeziehung Karlsruhes in den Personenverkehr auf dem Rhein ist besonders im Hinblick auf die wachsende Bedeutung der badischen Landeshauptstadt als Rheinstadt, die u. a. durch die Errichtung des großzügigen Strandsbades Nappendwähld gekennzeichnet ist, lebhaft zu begrüßen.

Verammlung der Eisenbahner. Im Apollosaal fand gestern abend eine stark besuchte Eisenbahnerversammlung statt, die sich mit der Haltung der Reichsbahnverwaltung zur Lohnfrage beschäftigte. In einer einstimmig angenommenen Entschlußfassung wurde nach einem Referat des Gauleiters Schneider gegen den ablehnenden Standpunkt der Reichsbahnverwaltung protestiert und erklärt, die Eisenbahner seien auch bereit, zum äußersten Mittel zu greifen.

Der Film „König der Könige“, das filmtechnisch ganz einzigartige, amerikanische Werk, wird von morgen, Samstag, ab in den Bad. Lichtspielen im Konzerthaus vorgeführt, nachdem sich ein Gremium von Vertretern der verschiedenen Konfessionen, der Behörden, der Schulen für die Aufführung in Karlsruhe ausgesprochen hatte. Der Film bietet nicht das, was man unter Glaubensdarstellung versteht. Gleichwohl ist die Vorführung geeignet, religiöses Empfinden neu zu wecken und durch die Bildkraft gegenständlich zu machen. In über einem Duzend Akten spielt sich in beispiellosster filmischer Kunst das Werk ab. Es geht ein mit der Vorführung äppiger, römischer Pracht. Dann tritt Christus auf. Es folgen die Wunderthaten, unter denen die Heilung des blinden Knaben den feilischen Höhepunkt des ganzen biblischen Films bildet. Aus Bibel und biblischen Bildern sind wir deutschen Zuschauer bei Vorführung des Lebens und Sterbens Jesu Christi teilweise meist anderen Vorstellungen verhaftet. Die Aufnahmen zu dem Film begannen im August 1926 und endigten im Januar 1927. Nur erste Kräfte wurden als Darsteller gewonnen. Von deutschen Namen findet sich H. Schildkraut als Kaiphas und sein Sohn als Judas. Höchst einwandfrei in jedem Betracht ist der Darsteller des Christus (G. V. Warner). In den Tempelszenen wirkten nicht weniger als 3000 Personen mit.

Kunstlerete mit Rodenschau bei Ties. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Wohltätigkeitsveranstaltung der Mitglieder der Deutschen Bühnengemeinschaft bei Ties heute zum letztenmal stattfindet. Das Programm ist für diesen letzten Tag besonders reichhaltig zusammengestellt. Karten sind, wie aus den Inseraten ersichtlich, an der Sammelkasse bei der Firma Hermann Ties zu haben.

III. Jugendkonzert. Das dritte und letzte der für diesen Winter vorgesehenen Jugendkonzerte findet Sonntag, den 18. März, vormittags 11 1/2 Uhr, im Landestheater statt. Wie bei den beiden ersten Veranstaltungen enthält auch diesmal das Programm nur Werke, die dem Verständnis der heranwachsenden Generation keine Schwierigkeiten bereiten. Am Anfang steht Rossinis „Zell-Duvertüre“, dann bringt Kammerfängerin Mary von Ernst die Arie der Konstanze aus Mozarts „Entführung“ zu Gehör. Als sinfonisches Werk ist Schumanns I. Sinfonie (B-Dur) gewählt. Gerade mit dieser sogenannten Frühlingssinfonie dürfte sich das unter der Leitung von Kapellmeister Rudolf Schwarz stehende Konzert in besonderem Maße die Herzen der jugendlichen Zuhörer erobern.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Hoher Druck bedeckt ganz Europa und hat auch in unserem Gebiet zur Auflösung der Bewölkung geführt. Da die atlantische Zylone nach Norden weiterdrückt, dauert in den nächsten Tagen das heitere Frühlingswetter an. Voraussage für 17. März: Vorwiegend heiter und trocken, tagsüber zunehmende Einstrahlung, Nachfröste, späte Rinde.

Kurze Nachrichten aus Baden

66d. Mannheim, 16. März. Der gestrige Raubüberfall in Mannheim ist noch immer in ein völliges Dunkel gehüllt. Der Rassenbote Sid, der beschuldigt wird, den Raubüberfall flüchtig zu haben, leugnet auch heute vormittag hartnäckig, trotzdem er keine Angaben über die Täter machen kann. Die Kriminalpolizei hofft, eine baldige Aufklärung dieser mysteriösen Angelegenheit schaffen zu können.

66d. Mannheim, 16. März. Aus Berlin wird gemeldet: Wie die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums mitteilt, nehmen vom 19. März 1928 an dem Fernsprechverkehr mit Amerika auch Bremen, Düsseldorf, Köln und Mannheim teil.

66. Heidelberg, 15. März. Am heutigen Donnerstag feierte der Romanist an der hiesigen Universität, Geh. Rat Professor Dr. Fritz Neumann, den Tag, an dem er vor 50 Jahren seine Eintrittsvorlesung gehalten hat, und zwar war dies die erste Habilitation zur romanischen Philologie überhaupt. Trotz seines hohen Alters von fast 74 Jahren erfreut er sich noch großer Mithigkeit und hält auch heute noch seine Fachvorlesungen in gewohnter Frische.

66d. Kehl, 16. März. Die neue Straßburger Hafenbrücke über das Ballbasin hinter dem Wehler Tor ist gestern vormittag offiziell dem Verkehr übergeben worden. Sie heißt Antwerpener Brücke. Sie ist eine Bogenbrücke mit Pfeilerloser Spannung von 70 Metern und kann von den größten Rheinschiffen passiert werden. Die Brückenstraße ist 12 Meter breit, so daß zu gleicher Zeit zwei Straßenbahnwagen, zwei Reihenslastautomobile nebeneinander in einer Front die Brücke überqueren können. Jeder Bürgersteig ist 4,50 Meter breit. Sie wiegt über eine Million Kilogramm und kann als Höchstbelastung 15 000 Zentner tragen, was ungefähr das Gewicht des größten Güterzuges ausmacht.

Handel und Wirtschaft

Berliner Feinnotennotierungen

	15. März		16. März	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	168.12	168.46	168.14	168.48
Kopenhagen 100 Kr.	111.95	112.17	111.95	112.15
Italien . . . 100 L.	22.07	22.11	22.07	22.11
London . . . 1 Pf.	20.384	20.42	20.386	20.426
New York . . . 1 D.	4.1785	4.1865	4.175	4.1875
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.44	80.60	80.415	80.610
Wien 100 Schilling	58.83	58.95	58.85	59.07
Prag . . . 100 Kr.	12.384	12.404	12.386	12.406

Auf einer Gläubigerversammlung im Konkurs Himmelsbach in Freiburg erstattete der Konkursverwalter einen ausführlichen Bilanzbericht, wobei er auch Angaben über die weitere Abwicklung des Konkurses und den gesamten Verlauf der Werke und Warenbestände an die neugegründete „Impreva-Holzverwertungs-A.-G.“ machte. Die Lombards sind fast vollständig abgedeckt. Durch den Verkauf der hauptsächlichsten Werke an die Impreva-A.-G. ergibt sich für die Konkursmasse ein Verlust von rund 800 000 M auf Werke und sonstige Anlagevermögen, die bekanntlich in der Konkurs-eröffnungsbilanz mit 4,66 Millionen zu den alten Buchwerten der Gebr. Himmelsbach ausgewiesen waren. Bezüglich des Verkaufes der Werke sagt der Verwalter, daß die Kauf-offerten eines unter Führung der Dresdener Bank stehenden Konsortiums, an dem die Firma J. J. Rommel in Charlottenburg erheblich beteiligt ist, als das vorteilhafteste anzusehen war. Die Dresdener Bank bleibt am Konkurs mit 1 Mill. M beteiligt. Die Forderung der Gelsenkirchener

Bergwerks-A.-G. habe sich auf 7 Millionen M ermäßigt. Ohne Berücksichtigung der bekannten Schadenserfahrungen der bayerischen Regierung liegen jetzt mehr als 40 Prozent für die Gläubiger in der Masse. Der Konkursverwalter glaubt aus diesem Grunde von der Aufnahme des Prozesses gegen Reich und Länder absehen zu müssen, da die Prozeßführung eine jahrelange und kostspielige werden würde. Auf Anfrage wurde erklärt, daß die Firma Gebr. Himmelsbach den Standpunkt, daß die mit 400 000 M angenommenen Ansprüche aus dem Liquidationschaden-schluß-gesetz zur Konkursmasse gehörten, nicht anerkenne.

Verschiedenes

Keine Öffnung mehr für Hinkelhiffe
 WTB. New York, 16. März. (Tel.) Nachdem sich nun auch die Nachricht von einer Landung Hinkelhiffes auf der Stratteninsel bei Portland als unrichtig erwiesen hat, haben die hiesigen Flugverkehrsbehörden allgemein jegliche Öffnung auf ein Eintreffen Hinkelhiffes aufgegeben. Die Armeeoffiziere von Witzelshof bezeichnen die Suche als wertloses Spiel mit dem Zufall. Der römische Berichterstatter der „New York World“ meldet, daß Hinkelhiffe während seines Aufenthaltes in Rom im letzten Jahre sich scharf gegen die Mitnahme von Frauen bei den ersten transatlantischen Versuchsflügen ausgesprochen hat.

Die Opfer der Dammbuchkatastrophe in Kalifornien
 WTB. Los Angeles, 16. März. (Tel.) Die amtliche Liste der Opfer der Dammbuchkatastrophe zählt nunmehr 285 Tote. Acht Behörden haben selbständig Untersuchungen über die Ursache des Dammbuchbruchs angestellt. Man sieht als wahrscheinlichste Ursache schlechte Fundamentierung an. Die Bundesregierung hat eine Inspektion sämtlicher ihr unterliegenden Dämme angeordnet.

Badische Lichtspiele
KONZERTHAUS
 Ab Samstag, den 17. März, täglich 20.15 Uhr
Sonntag, den 18. März, nur 16 Uhr
 Mittwoch auch 16 Uhr
Erstaufführung in Baden!



KOENIG



DER KOENIG
 EIN FILM VON
CECIL B. de MILLE
 MANUSKRIFT
JEANNE MACPHERSON

Monumentalfilm vom Leben, Wirken und Leiden Christi, unter Zugrundelegung des Neuen Testaments

Verstärktes Orchest. / Polizeikapelle

Eintrittspreis: 80 Pf., 1, 1.20, 1.60, 2, 2.20 M
 Studierende, Schüler und Erwerbslose gegen Ausweis halbe Preise

Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße, und Büro Badische Lichtspiele Beierheimer Allee

Um den Andrang an der Konzerthauskasse zu vermeiden wird gebeten, die Karte möglichst im Vorverkauf zu entnehmen

Volksschauspiel Ötigheim
Spiel-Aufführung in der Festhalle in Karlsruhe.
 Sonntag, den 25. März 1928, nachmittags 3 Uhr u. abends 8 Uhr.

DAS GROSSE OPFER

Ein Spiel von der hl. Messe in 2 Abteilungen.
Ausführende:
 Die Spielgemeinde und der Sängerkorps Ötigheim, der Kirchenchor St. Stephan Karlsruhe; die Polizeikapelle Karlsruhe und das Orchester Ötigheim; Szenerie und Kostüme vom Badischen Landestheater Karlsruhe.
 Preise der Plätze: I. Platz 3 RM., II. Platz 2 RM., III. Platz 1,50 RM., Unnummerierte Plätze 1 RM.

Vorverkauf:
 Karlsruhe: Müller, F., Musikalienhandlung, Herder, Verlagsbuchhandlung; Stadt. Verkehrsbüro, Kaiserstraße; Zeitungskiosk beim Germania.
 - Baden-Baden: Joh. Pfeiffer, Badener Volkszeitung. - Rastatt: Buchhandlung Eger und Rastatter Zeitung. - Ettlingen: Julius Schmitt, Buchhandlung. - Durlach: Buchhandlung Walz. - Bruchsal: Zigarrenhaus Graf und Buchhandlung Bayer.
 H. 342

Rückzahlung der Betriebszuschüsse an die Gas- und Stromabnehmer.

Während der Inflation, in den Monaten Dezember 1922 bis März 1923, wurden zur Beschaffung flüssiger Mittel Betriebszuschüsse in Form eines einmaligen, unverzinslichen, spätestens in 5 Jahren rückzahlbaren Darlehens von den Gas- und Stromabnehmern erhoben und zwar bei einem durchschnittlichen monatlichen Verbrauch:

- bis zu 80 cbm Gas oder 20 Kilowattstunden Strom in Höhe von je 1000 RM.,
- bis zu 500 cbm Gas oder 100 Kilowattstunden Strom in Höhe von je 8000 RM.,
- für jede weiteren 500 cbm Gas oder 100 Kilowattstunden Strom je weitere 1000 RM.

Nach Beschluß des Stadtrats werden diese Betriebszuschüsse unter voller Aufwertung nach dem Durchschnittsquotenmarkkurs genannter Monate, aufgerundet allgemein auf 50 Pf. für 1000 Papiermark, rückvergütet.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß die Rückzahlungen bis zum 31. März 1928 stattfinden. Anträge auf Rückzahlung sind beim Erheber oder an der Kasse des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamtes zu stellen. Vorlage der Quittung bei der Antragstellung ist erwünscht.

Karlsruhe, den 15. März 1928.
 Städtisches Gas-, Wasser- u. Elektrizitätsamt.

Detektiv - Institut u. Privat-Auskunft
„Argus“ Mannheim
 O 6, 6 1/2
 Planken 10
 Telefon 33305
 A. Maler & Co., G.m.b.H.



Badisches Landestheater
 Samstag, 17. März 1928
 *B 19 Th. Gem. 101-200 und 301-400

Vilom
 von Molnar
 In Szene gesetzt von Feliz Baumback

Vilom Leitgeb
 Julie Bertram
 Marie Ademacher
 Frau Muscat Emma
 Rufe Quaiser
 Frau Hollunder Ziegler
 Fischer Brand
 Hollunder Graf
 Weisfeld Kloeble
 Dreßler Gemmede
 Ringmann Schulze
 Stadthauptmann Herz
 Vertovics Schneider
 Polizeikommissar Höder
 Schulmann Rehner
 Vertovics Polizeist. Prüter
 Boltzist von der Trend
 Defektive Prüter. Kühne
 Arzt Stienscherf
 Dr. Reich von der Trend
 Kábar Müller

Wie neugeboren

fühlen Sie sich nach einer Blutreinigung und Säureaufscheidung durch Chemiker „Sybels Hefekur“. Verlangen Sie die kostenlose Broschüre „Ein Weg zur Gesundheit“.

Drogerie Tscherning,
 Ecke Karl- u. Amalienstr.
Engel-Drogerie,
 Werderplatz 44.
Drogerie Vetter, Zirkel 15.

Teppiche - Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsraten
 bei Teppichhaus A Gay & Glöck, Frankfurt a. M. 2965
 Schreiben Sie sofort!

Weinheim, M. 733
 In das Vereinsregister D. R. 46 wurde eingetragen: Touristenverein „Die Naturfreunde“ in Weinheim. 9. 3. 28.
 Amtsgericht I.

Ihren Umzug betr.
 Brauchen Sie **Möbelwagen?**
 64 dann
Wab. Lagerhaus Offenburg.
 Besitzer: Billy Wagner
 fragen. Erstkl. bestempf. zuverl. Möbelpeditions-Unternehmen.

COLOSSEUM
 Waldstraße 16
 Telefon 5599

Täglich 8 Uhr
 Sonntags 4 u. 8 Uhr

Die neue REVUE
Geheimnisse des Harems

31./257. Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie
 Fünf Ziehungen. Jeden Monat eine Ziehung.
Beginn am 20. April 1928
 750 000 Lose 307 000 Gewinne 2 Prämien.
SPIELKAPITAL:
58 289 540,- RM.

Hauptgewinne u. Prämien:

- 500 000,- RM.
- 300 000,- RM.
- 200 000,- RM.
- 100 000,- RM.
- 75 000,- RM.
- 50 000,- RM.
- 25 000,- RM.

usw. usw.

Sie haben die Chance — mit denkbar kleinstem Risiko ein großes Vermögen zu erwerben.

1/5 1/10 1/20 1/40 Los
 3,- 6,- 12,- 24,- RM. pro Klasse
 oder 15,- 30,- 60,- 120,- RM. für alle 5 Klassen.
 Ziehungsl. u. Porto für alle 5 Klassen 1,50 RM. extra

Bernhard Goldfarb

Badischer Lotterie-Einnehmer
 Kaiserstraße 181, Ecke Herrenstraße
 (im Laden der Firma Josef Goldfarb)
 Postscheck-Konto: Karlsruhe Nr. 19705
 Hier abtrennen.

BESTELLSCHIEIN.
Herrn Bernhard Goldfarb,
Bad. Lotterie-Einnehmer, Karlsruhe.
 Senden Sie mir zur 31./257. Preuss.-Süddeutsch. Klassenlotterie, unter Beifügung einer Zahlkarte:
 - 1/5 Los zu 3,- RM. 1/4 Los zu 6,- RM.
 - 1/10 Los zu 1,50 RM. 1/20 Los zu 0,75 RM.
 pro Klasse.
 Ziehungslisten u. Porto für alle 5 Klassen 1,50 RM.
 Ich werde den Betrag jeden Monat vor Beginn der Ziehung rechtzeitig einzahlen.
 Ich wünsche den Betrag für alle fünf Klassen im Voraus zu bezahlen.

Vor- u. Zunamen:
 Wohnort: Straße:
 (Poststation) Recht deutliche Schrift erbeten.

Bei der Stadtgemeinde Neustadt i. Schwarzwaldd ist alsbald

eine Schutzmannstelle
 zu besetzen.
 Bewerber müssen die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht oder eine Rindendienstzeit von fünf Jahren bei der staatl. Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerie zurückgelegt haben. Probezeit 1/2 Jahr. Bei Bewährung erfolgt Anstellung. Besoldung nach Gruppe IV mit Aufzählung nach Gruppe V der alten Besoldungsordnung. S. 395
 Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Lichtbild sind innerhalb 14 Tagen beim Gemeinderat einzureichen.
 Neustadt i. Schwarzwaldd, den 8. März 1928.
 Der Gemeinderat.